

EWN

Entsorgungswerk für
Nuklearanlagen



Pressespiegel

26.06.2023

Inhalt

EWN

| | |
|---|----|
| 1 »Jugend schweiß« <i>Peene-Blitz, 25.06.2023</i> | 3 |
| 2 Klimakiller LNG? <i>Schweriner Volkszeitung - Zeitung für die Landeshauptstadt, 24.06.2023</i> | 4 |
| 3 Rot-Rot beim LNG-Standort auf der Insel Rügen gespalten <i>Nordkurier - Neubrandenburger Zeitung Stargard, 24.06.2023</i> | 6 |
| 4 Ist Kernfusion die Energiequelle der Zukunft? <i>tagesspiegel.de, 23.06.2023</i> | 7 |
| 5 Schutt vom AKW Emsland landet in Dörpen <i>oz-online.de (Ostfriesen Zeitung), 23.06.2023</i> | 9 |
| 6 Radioaktiver Schrott in Fessenheim <i>BADISCHE NEUESTE NACHRICHTEN Karlsruhe, 26.06.2023</i> | 11 |

»Jugend schweiß«

Landesmeister ist Teilnehmer der Auftragsausbildung im BBW

Greifswald/pb/pm. Tom Rochow, Industriemechaniker der Entsorgungswerke für Nuklearanlagen (**EWN**), konnte sich bei »Jugend schweiß« gegen seine Konkurrenten durchsetzen und den ersten Platz erringen. Daneben konnten auch die angehenden Industriemechaniker der **EWN** Leon Schacht und Konrad Larsen mit ihren guten Platzierungen (3. und 4. Platz) glänzen. Insgesamt haben 16 junge Teilnehmer in vier verschiedenen Verfahren (Autogen-, Metallaktivgas-, Wolfram Inertgas- & Lichtbogenhandschweißen) an den Landesmeisterschaften teilgenommen. »Die hervorragenden Leistungen von Tom Rochow sind nicht zuletzt auf die Unterstützung und mentale Vorbereitung durch die Ausbilder im BBW zurückzuführen«, betont Stefanie Wordell, Mitarbeiterin Personalentwicklung bei **EWN**. Die nächste Etappe für Tom Rochow wird die

Teilnahme am Bundeswettbewerb sein. Erste Unterlagen, darunter Schweißanweisungen, sind bereits bei den Ausbildern in der Pappelallee 2 eingetroffen und werden in den kommenden Wochen intensiv mit Tom Rochow vorbereitet.

In Kooperation mit der **EWN** absolvieren die Jugendlichen derzeit ihre Ausbildung im Rahmen der Auftragsausbildung im BBW Greifswald. Die Auftragsausbildung ist die ideale Lösung der Zusammenarbeit, um die fehlenden Ressourcen innerhalb eines Unternehmens abzudecken. Mit den modernen Werkstätten, Ausbildungsbereichen, einem bunten Portfolio an Ausbildungsberufen und qualifizierten Mitarbeitern bietet das BBW optimale Rahmenbedingungen, um im Auftrag für Betriebe auszubilden.



Tom Rochow. Foto: BBW

📰 Schweriner Volkszeitung - Zeitung für die Landeshauptstadt | 24.06.2023 | S. 3

📄 Auflage: 17.247 | Reichweite: 47.760

👤 Katharina Golze

Klimakiller LNG?

Wie sehr schadet Flüssiggas der Umwelt? Nachgefragt bei der Deutschen Umwelthilfe und Prof. Claudia Kempfert

In dieser Woche wurde erstmals über Mukran im Bundestag debattiert. In dem Hafen auf Rügen soll neben Lubmin der zweite LNG-Standort in MV entstehen. Seit Monaten protestieren Rügauer Initiativen, Klimaaktivisten und Umweltverbände dagegen. Ein Argument: Der fossile Energieträger schadet Klima und Umwelt. Ein Check.

Emissionen

Im Vergleich zu Steinkohle, Braunkohle oder Erdöl gilt Erdgas als klimafreundlicher, da beim Verbrennen weniger CO₂ frei wird. Gleichzeitig beansprucht LNG per Schiff mehr Emissionen als Gas per Pipeline. „Vorkettenemissionen treten sowohl bei der Produktion und Aufbereitung des Ausgangsgases als auch bei Verflüssigung, Transport und Regasifizierung von LNG auf“, so eine Studie des Umweltbundesamts 2019. Das Abkühlen des Gases zur Verflüssigung ist besonders energieintensiv. Constantin Zerger, Bereichsleiter Energie und Klimaschutz bei der Deutschen Umwelthilfe (DUH), ergänzt: „Je länger der Transportweg, desto höher sind die Emissionen.“

Zugleich ist Methan, woraus Erdgas zu 80 bis 95 Prozent besteht, 87-mal so klimawirksam wie CO₂. Betrachtet auf einen Zeitraum von 20 Jahren. Und: „Die nächsten 20 Jahre sind für die Klimawirkung wichtig“, sagt Zerger. In diesem Zeitraum könnten zentrale Kipp-Punkte erreicht werden, die global irreversible Klimaschäden verursachen.

Auch Prof. Claudia Kempfert, Energie- und Umweltexpertin des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung, sagt: „Flüssiggas ist klimaschädigend. Werden die gesamten Lebenszyklus-Emissionen berücksichtigt, kann die Klimawirkung unter Umständen so stark wie bei Kohle sein.“ Methan ist für 30 Prozent der menschengemachten Erderwärmung verantwortlich, heißt es im Klimabericht IPCC.

Fracking

Fracking ist eine Methode, um Erdgas zu gewinnen und wird unter anderem in den USA, Kanada, Argentinien und China angewandt. Dabei werden Wasser und Chemikalien unter hohem Druck in tiefe Gesteinsschichten gepresst, um Schieferschichten aufzubrechen und das darunterliegende Gas zu fördern. In Deutschland ist Fracking verboten.

In den Frackinggebieten kommt es zu multiplen Umwelt- und Gesundheitsschäden: verunreinigtes Grundwasser, Bodenerosion und Erdbebengefahr, hoher Wasserverbrauch, erhöhte Krebsraten. Zudem entweicht das klimaschädliche Methan – bei der Förderung, durch Gasleckagen oder an stillgelegten Bohrlöchern, die nicht vorschriftsmäßig verschlossen oder nicht regelmäßig überprüft werden.

Wie viel Frackinggas aus den USA in Deutschland anlandet, ist unklar. Lubmin wurde im Februar mit US-Gas beliefert. RWE hat mit den USA Lieferungen ab 2027 verhandelt. Die DUH verweist auf eine Studie der EnergyComment Hamburg, im Auftrag der DUH, wonach die USA zukünftig einen internationalen Marktanteil von 50 Prozent erreichen könnten.

Transportverlust

Methan-Emissionen können bei der Verflüssigung von Erdgas durch Lecks oder Verdampfung in den Tanks (Boil-Off), während des Schiffstransports an Gasmotoren und -turbinen, an den Tanks oder an den Verbindungsleitungen, sowie bei der Regasifizierung entstehen. Zudem geht durch das Verflüssigen und Regasifizieren Erdgas verloren. Beim Herunterkühlen werden bis zu 25 Prozent des Energieinhalts verbraucht.

Eine Studie, die 2022 die Emissionen eines LNG-Tankers von den USA nach Belgien und zurück maß, zeigte, dass moderne Tankisolierungen Boil-Off-Gas nahezu verhinderte, doch die Gasmotoren emittierten. Der Tanker verlor 4600 Tonnen CO₂ und 68,1 Tonnen Methan. „Selbst ein optimaler LNG-

Tankertransport erhöht die Klimaschäden von Erdgas um etwa 5,5 Prozent“, so die DUH. Zahlreiche Lieferketten zeigen demnach Methanverluste von mehr als drei Prozent der produzierten Gasmenge.

Deutsche Regas, Betreiber des Terminals in Lubmin und zukünftig in Mukran, sagt hingegen: „Unsere Schiffe verlieren kein Methan und kein Erdgas.“ Verdampfungsverluste können wieder verflüssigt oder als Treibstoff genutzt werden.

Umweltschäden

Umweltschäden entstehen auch in Nord- und Ostsee, wo die LNG-Schiffe anlanden. In Wilhelmshaven werden mit Bioziden behandelte Abwässer in die Nordsee geleitet, die Meerlebewesen schaden können. Biozide seien in Lubmin und Mukran nicht geplant, so Zerger.

In Lubmin beklagten sich die Bewohner hingegen über Lärm aufgrund von Schallemissionen. Dort sowie in Brunsbüttel wurden Lärmgrenzwerte überschritten. Mittlerweile wurden in Lubmin Schalldämpfer verbaut.

Zudem wird der Bau der 50 Kilometer langen Anbindungspipeline durch den Greifswalder Bodden von Mukran nach Lubmin von BUND, Nabu, WWF und DUH kritisiert. „Wenn sie durch das Schutzgebiet buddeln, wäre das der Tod des Ostseeherings“, sagt Constantin Zerger. Für den Hering gehe ein Laichgebiet verloren, für Seevögel Brut- und Rastplätze. In Mukran müsste die Fahrrinne ausgebaggert werden. Das würde für dauerhaften Sedimentauftrieb sorgen und könnte Seegraswiesen zerstören. Bauarbeiten, Betrieb der Regasifizierungsschiffe und Anlanden von LNG-Tankern könnten kleinräumige Strömungsveränderungen und veränderte Gewässertemperaturen bedingen.

Umrüsten auf Wasserstoff

Eine Studie des Fraunhofer ISI 2022 sieht „eine spätere Umrüstung von LNG-Terminals zum Import von Flüssigwasserstoff oder Ammoniak mit großen Unsicher-

heiten behaftet“. Eine Umstellung erfordere „erhebliche technische Anpassungen“ und „zum Teil erhebliche Kosten“. Zudem sei die zukünftige Nachfrage der Energieträger ungewiss.

Claudia Kempfert nennt den Umbau auf Wasserstoff „nur sehr schwer möglich“. „Man benötigt für Wasserstoff eine neue Infrastruktur, Wasserstoff-Netze und Wasserstoff-Terminals“, sagt sie und gibt die sehr energieaufwändige Herstellung zu bedenken. Constantin Zerger sagt mit Blick auf die schwimmenden Terminals in Lubmin und potenziell Mukran: „Eine Nachnutzung ist ausgeschlossen. Wenn in Lubmin und Mukran erzählt wird, wir nutzen das für Wasserstoff, ist das gelogen.“ Eine Umstellung sei lediglich bei landseitigen Terminals möglich. So steht es auch im Entwurf des LNG-Beschleunigungsgesetzes.

Die Landesregierung fordert vom Bund, den Hafen in Mukran für die Wasserstoff-Nutzung auszubauen. Doch ihr Vorstoß, ein festes statt ein schwimmendes Terminal zu bauen, scheiterte im Bundesrat. Laut Deutsche Regas seien in Mukran neben den zwei Regasifizierungsschiffen ein Wasserstoff-Elektrolyseur bis 2026 sowie die Schaffung von In-frastruktur zum Wasserstoff-Import ab 2027/28 geplant.

Bremse für Erneuerbare

Während für LNG-Versorgung innerhalb weniger Monate drei Terminalstandorte ans Netz gingen, läuft der Ausbau der Erneuerbaren Energie schleppend. „Die Genehmigung für Erneuerbare hängt in den Landesbehörden fest“, sagt Constantin Zerger. Konkret meint er 1000 Anlagengenehmigungen für Fotovoltaik und Windkraft in MV. „Das sollte die Priorität der Landesregierung sein.“

Claudia Kempfert sagt: „Wir benötigen heute Investitionen in erneuerbare Energien und Infrastrukturen, die zur Energiewende passen. Dazu gehören nicht fossiles Erdgas und Investitionen in fossile LNG-Terminals.“ Erdgas sei klimaschädigend und daher keine Brückentechnologie.

Rot-Rot beim LNG-Standort auf der Insel Rügen gespalten

Die Kontroverse um das LNG-Terminal auf Rügen verschärft sich weiter. Ein internes Papier aus dem politischen Umfeld von Robert Habeck und heftige Attacken der Linken wirken als Brandbeschleuniger.

Berlin/Schwerin. Das Tischtuch zwischen Teilen der rot-roten Landesregierung in MV und der rot-grünen Bundesregierung ist in der Debatte um einen Standort für ein LNG-Terminal auf Rügen zumindest teilweise zerschnitten. Nachdem sich MV-Ministerpräsidentin Manuela Schwesig (SPD) und Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck über Wochen den Schwarzen Peter hin und her schoben, wer denn nun für die Standortwahl verantwortlich ist, hat der grüne Minister jetzt Fakten geschaffen und den Hafen von Mukran als Standort für das Terminal festgelegt.

„Dass der Bundeswirtschaftsminister zugleich die glasklaren Forderungen der MV-Regierung auf Ausgleichsmaßnahmen zurückweist und sogleich davon ausgeht, dieselbe Landesregierung würde dem Vorhaben einfach zustimmen, lässt uns verwundert zurück“, kritisierten die beiden Linken-Bundestagsabgeordneten aus MV, Dietmar Bartsch und Ina Latendorf, sowie die beiden Landesvorsitzenden Peter Ritter und Vanessa Müller am Freitag.

Die Vorschläge der MV-Koalition hätten ein Mindestmaß an „Aufeinanderzukommen“ bei diesem Projekt erwartet. Dass Bundesregierung und Bundeswirtschaftsministerium nun im Schnellverfahren vorgingen und dem Land quasi nichts anbieten für diesen schweren Eingriff in die Umwelt Rügens, empfinden die Linken als geringschätzig.

Linke: Bereits im Vorfeld wurden Fakten geschaffen

Und noch etwas lässt den Ärger anschwellen. „Es ist eine Schande, dass die Bundesregierung gemeinsam mit der Deutschen Regas, dem künftigen Betreiber des LNG-Terminals, bereits eine Vereinbarung für das nächste LNG-Spezialschiff geschlossen hat. Es wi-

derspricht dem Beschluss des Haushaltsausschusses, Gelder für mehr als planerische Vorhaben auszugeben und somit bereits im Vorfeld Fakten zu schaffen“, betonen die Linken.

Dass es in der Landesregierung aber auch durchaus wohlwollendere Positionen hinsichtlich des LNG-Standortes auf Rügen gibt, zeigt ein internes Papier, das sich Wirtschaftsminister Reinhard Meyer (SPD) von der Bundesnetzagentur, einer nachgeordneten Behörde des Habeck-Ministeriums, hat anfertigen lassen.

„Es ist bemerkenswert, dass die Landesregierung sich ein Argumentationspapier mit einem vorab feststehenden Ergebnis, der ‚Notwendigkeit der LNG-Terminals‘, bei der Bundesnetzagentur bestellt“, attackiert Karsten Schneider, Bürgermeister der Gemeinde Binz auf Rügen, den MV-Minister.

Minister: Bedarf an Energie stellt der Bund fest

Der aber ordnet das Papier ganz anders ein. „Das Papier der Bundesnetzagentur entspricht einer Forderung der Landesregierung zum Nachweis der Notwendigkeit eines LNG-Standortes, die wir seit dem Gespräch mit dem Bundeskanzler und dem Bundeswirtschaftsminister am 20. April in Binz ständig wiederholt haben“, macht Meyer klar. Die Landesregierung habe immer gesagt, dass der Bedarf der Energieversorgung durch den Bund festzustellen sei, das Land könne dies nicht tun.

Meyer weiter: „Das Papier der zuständigen Bundesnetzagentur beantwortet die Bedarfsfrage prägnant und verständlich. Dabei spielt auch die strategische Funktion des Anlande- und Einspeisepunktes Lubmin eine große Rolle. Ich vertraue diesen Einschätzungen der Bundesregierung.“ Im Gegensatz zum Koalitionspartner in MV.

TAGESSPIEGEL

📄 tagesspiegel.de | 23.06.2023

👤 Susanne Ehlerding

🔗 WEBLINK

Ist Kernfusion die Energiequelle der Zukunft?

Der Energiebedarf der Gesellschaft ist groß und wird voraussichtlich weiter wachsen. Kernfusionsreaktoren sollen die großen Energiemengen, die bei der Verschmelzung von Atomkernen frei werden, für Menschen nutzbar machen, am besten einfach aus der Steckdose. In unserer Serie „3 auf 1“ schätzen drei Fachleute das Potenzial der Kernfusion ein.

Wir müssen jetzt investieren, weil wir Kernfusion brauchen werden

Sibylle Günter ist Wissenschaftliche Direktorin des Max-Planck-Instituts für Plasmaphysik in Garching bei München und Greifswald. Sie ist überzeugt, dass der Energiemix der Zukunft mehr braucht als Erneuerbare.

Stellen Sie sich vor, Sie könnten mit einem Kilogramm Brennstoff den jährlichen Energiebedarf von 1000 Menschen decken. Dieser Brennstoff wäre quasi unbegrenzt verfügbar. Und bei der Energieerzeugung würden keine klimaschädlichen Gase entstehen. Was nach einem unerfüllbaren Traum klingt, kann durch Kernfusion Wirklichkeit werden.

Kurzfristig wird uns diese Option nicht zur Verfügung stehen, um die globale Erwärmung zu stoppen. Deshalb müssen wir erneuerbare Energiequellen weiter forcieren. Wer allerdings glaubt, der Umbau des Energiesystems sei 2050 abgeschlossen, irrt sich.

Der Hunger nach Energie wird weiterwachsen – weil die Weltbevölkerung zunimmt und Milliarden Menschen nach Wohlstand streben, den Mitteleuropäer als selbstverständlich erachten. Nur mit Erneuerbaren wird sich dieser Bedarf nicht decken lassen.

Darum kann es nicht die eine Energiequelle der Zukunft geben. Wir brauchen einen klimaneutralen Mix. Kernfusion kann zuverlässig dazu beitragen. Aber nur wenn wir jetzt in sie investieren, wird sie uns zur Verfügung stehen, wenn wir sie wirklich brauchen.

Die Kernfusionsforschung wird ihr Versprechen nie halten

Hans-Josef Fell war von 1998 bis 2005 forschungspolitischer Sprecher der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen. Er sagt, dass die Kernfusion trotz umfangreicher Förderung nie bezahlbaren Strom liefern wird.

Die Kernfusion ist ein Forschungsflop. Wir werden in den nächsten 70 Jahren weiterhin keine kommerzielle Energie daraus gewinnen. Die technologischen Hürden sind unüberwindbar.

In den vergangenen siebzig Jahren wurde der mit Abstand größte Teil aller öffentlichen Fördermittel für Energieforschung in die Kernfusion gesteckt. Sie hat aber bis heute keine einzige Kilowattstunde Strom erzeugt. Dagegen wurden die erneuerbaren Energien nur minimal gefördert und produzieren in Deutschland schon rund die Hälfte des Stroms.

Die Kernfusionsforschung hat keine Lösungen für das Problem der ersten Wand, die Innenauskleidung von Reaktoren. Diese muss nicht nur extremer Temperatur und Druck standhalten, sondern auch Neutronenbeschuss. Diese Teilchen werden im Reaktor in großer Menge freigesetzt und sie verändern jedes Material, auf das sie treffen, machen es instabil und teilweise radioaktiv. Die erste Wand müsste also alle paar Wochen oder Monate ausgewechselt werden, es würden große Mengen radioaktiven Mülls entstehen.

Die Kernfusion wird die Versprechungen der Forschung nie halten.

Kernfusion kann ökonomisch nicht gegen Erneuerbare bestehen

Ernst Ulrich von Weizsäcker ist Physiker und Umweltwissenschaftler. Die Fusionsenergie wird die Hoffnungen, die viele in sie setzen, nicht erfüllen, meint er.

Kernfusion ist eindeutig nicht die Energiequelle der Zukunft. Denn dafür braucht man Tritium als Hauptbrennstoff und das ist radioaktiv. Bei der Kernfusion

werden darüber hinaus Milliarden von Milliarden Neutronen frei, die sausen durch jede Wand und verbinden sich mit den Atomkernen von anderen Elementen. Dabei kann wieder Radioaktivität entstehen. So zu tun, als ob es eine saubere Art von Energieerzeugung sei, ist also ganz großer Quatsch.

Außerdem weiß jeder: Es gibt immer die Äußerungen „in 30 Jahren sind wir so weit“. Und nach 30 Jahren heißt es dann „wir brauchen noch mal 30 Jahre“. War-

um die Bundeswissenschaftsministerin Kernfusion für die große Lösung hält, ist mir deshalb schleierhaft, und ich bin immerhin studierter Physiker.

Im Zweifelsfall wird Kernfusion auch teuer sein. Viel teurer als Fotovoltaik. Selbst wenn die technischen Probleme gelöst würden, könnte ein Fusionsreaktor deshalb ökonomisch nicht gegen erneuerbare Energien bestehen.



oz-online.de (Ostfriesen Zeitung) | 23.06.2023

👤 Hermann-Josef Mammes

🔗 WEBLINK

ABRISS NACH ABSCHALTUNG

Schutt vom AKW Emsland landet in Dörpen

Das Kernkraftwerk in Lingen wird bald abgerissen. Ein Teil des Bauschutts bleibt im Landkreis Emsland.

Lingen - Mit dem Ausstieg aus der Atomenergie ist jetzt auch das Kernkraft Emsland in Lingen abgeschaltet worden. Am 15. April ging es endgültig vom Netz. Das Atomkraftwerk war 35 Jahre lang in Betrieb. Nun beginnt bald der Teilabriss der gewaltigen Bauten in Lingen. Ein Teil der Baumaterialien landet auf der Zentraldeponie Dörpen.

Mengen und zeitliche Abfolgen nannte der Geschäftsführer des Abfallwirtschaftsbetriebes Emsland, Heinz Bökers, jetzt bei einer Fachausschuss-Sitzung des Landkreises Emsland in Meppen. Noch in diesem Jahr soll mit dem Rückbau begonnen werden. Auf der Deponie Dörpen an der Bundesstraße 401 am Küstenkanal soll ein geringer Anteil der gigantischen Baumasse eingelagert werden.

Keine radioaktiven Stoffe

Nach Angaben von Bökers seien es durch die Bank weg „freigemessene Abfälle“ des Kernkraftwerkes Emsland. Heißt: Es handelt sich nicht um radioaktive Stoffe im Sinne der Strahlenschutzverordnung. „Das ist einfacher konventioneller Bauschutt“, betonte der Geschäftsführer des Abfallwirtschaftsbetriebs. Es gehe im Wesentlichen um Bauschutt, Beton und Dämmstoffe aus dem ehemaligen Kontrollbereich des Atomkraftwerkes.

Allerdings unterliegen diese Stoffe schon allein wegen ihrer Herkunft dem deutschen Atomgesetz. Damit durchlaufen die Abfälle ein atomrechtliches Freigabeverfahren. Bevor sie in staubdichten Folien verpackt und in Container-Big Bags (Säcken) transportiert schließlich in Dörpen auf der Deponie landen, muss das Niedersächsische Umweltministerium dem Ganzen zustimmen. Sichertgestellt werden muss, dass kein Mitarbeiter, der mit diesen Stoffen hantiert, einer Strahlenbelastung von über zehn Mikrosievert (Jah-

resdosis) ausgesetzt ist. Zum Vergleich: Die mittlere natürliche Strahlenexposition für Menschen beläuft sich im Jahresdurchschnitt auf rund 2000 Mikrosievert.

Maximale Abfallmenge wird festgelegt

Vor Ort in Dörpen würden die Säcke sofort in die Deponie eingebaut und mit einer rund 50 Zentimeter dicken Bodenschicht abgedeckt, so Bökers. Ihm zufolge werden die Lagerstätten per GPS exakt dokumentiert. In Dörpen werden bereits seit 2014 entsprechende Abfälle des 1977 stillgelegten Kernkraftwerkes Lingen gelagert. Bökers: „Bis Ende 2022 wurden hier 600,9 Tonnen angeliefert.“ Bis 2032 sollen es insgesamt 1800 Tonnen mineralische Abfälle sein.

Nach dem Beschluss des Betriebsausschusses des Landkreis Emsland dürfen aus dem jetzt abgeschalteten Kernkraftwerk von 2023 bis 2040 jährlich maximal 100 Tonnen pro Jahr in Dörpen angeliefert werden. Dabei handele es sich nur um einen Bruchteil der Masse des Kontrollbereiches (38.000 Tonnen). Die Gesamtmasse soll sich nach Schätzungen sogar auf insgesamt 320.000 Tonnen belaufen, hierunter befinden sich auch Betonkuppel und Schornstein.

Betreiber zahlen Gebühren

Nicht durchsetzen konnte sich Melanie Kuipers (Bündnis 90/Die Grünen) mit ihrem Antrag. Sie forderte die ständige radioaktive Überwachung des Sickwassers auf der Deponie in Dörpen. „Einzelne Chargen könnten höhere Strahlenbelastungen als 10 Mikrosievert haben“, befürchtete die Politikerin. Kreisbaurat Dirk Kopmeyer erwiderte: „Bei dieser geringen Strahlendosis können wir das im Sickwasser gar nicht ablesen.“ Dieser Haltung schlossen sich die Kreistagsabgeordneten der anderen Fraktionen an und lehnten den An-

trag der Grünen ab.

Die Betreiber des Kernkraftwerks Emsland müssen für die Abfälle auch Gebühren bezahlen und zwar

pro Tonne, ausgehend vom derzeitigen Gebührensatz, vermutlich 60 Euro. Bei einer Gesamtmenge von 2800 Tonnen bis zum Jahr 2040 würde der Abfallwirtschaftsbetrieb 168.000 Euro kassieren.

Radioaktiver Schrott in Fessenheim

Keine Begeisterung auf deutscher Seite für Pläne des französischen Stromkonzerns EDF

Fessenheim (dpa). Der französische Stromkonzern EDF will eine Verwertungsanlage für schwach radioaktiv belasteten Schrott im elsässischen Fessenheim 2031 in Betrieb nehmen. Das sei das Projekt des Unternehmens für eine weitere Nutzung des bisherigen AKW-Standorts, sagte der verantwortliche EDF-Manager Laurent Jarry unlängst der Regionalzeitung „Les Dernières Nouvelles d’Alsace“. Die Aussagen wurden auf dpa-Anfrage von einer EDF-Sprecherin bestätigt.

Das Atomkraftwerk Fessenheim südöstlich von Colmar unweit der Grenze zu Deutschland war 2020 nach 42 Betriebsjahren stillgelegt worden. Der Rückbau der Anlage soll nach Unternehmensangaben voraussichtlich 2026 beginnen.

„Der Staat unterstützt das Vorhaben hier(...)“, sagte Jarry mit Blick auf die Schmelzanlage, für die inklusive Planung rund 400 Millionen Euro investiert werden sollen. Vor dem Bau auf einem bisher ungenutzten Areal sei jedoch ein mehrstufiges Verfahren zur Genehmigung nötig. Die Bauarbeiten sollen rund vier Jahre lang dauern.

Das sogenannte Technocentre wird von örtlichen Umweltschützern kritisiert, denn sie befürchten Radioaktivität in wiederverwerteten Metallen. Der Schrott soll aus Atomanlagen kommen. Die Unterstützung vom

Nachbar Deutschland für das Projekt sei „keine Notwendigkeit“, sagte Jarry der Zeitung. Aus Deutschland hatte es Jahre lang Kritik am AKW Fessenheim gegeben.

Die Freiburger Regierungspräsidentin Bärbel Schäfer hatte der dpa schon im vergangenen Jahr gesagt, von deutscher Seite gebe es Widerstand gegen den Plan einer Verwertungsanlage. Menschen seien erleichtert gewesen, von Risiken des Kernkraftwerks befreit zu werden.

„Wenn nun der Schrott aller Kernkraftwerke aus Europa oder Frankreich bei ihnen mit großen Containern vorbeitransportiert wird, ist es nicht das, was sich die Region gewünscht hat“, sagte Schäfer.

Der Fessenheimer Bürgermeister Claude Brender sprach sich nach Medienberichten bereits für den Bau eines neuen Kleinreaktors in seiner Kommune aus. Frankreich setzt im Gegensatz zu Deutschland weiter auf die Atomkraft.

Es sollen Plänen zufolge sechs neue Meiler gebaut werden. Wegen Instandhaltungsarbeiten der teils in die Jahre gekommenen Meiler sowie Korrosionsproblemen waren im vergangenen Jahr monatelang aber nur etwa die Hälfte der 56 Atomreaktoren in Betrieb gewesen.